

Études historiques hongroises 1975 publiées à l'occasion du XIV^e Congrès International des Sciences Historiques par la Commission Nationale des Historiens Hongrois. 2 Bde. Akadémiai Kiadó. Budapest 1975. 663, 639 S.

Seit 1955 legen die ungarischen Historiker zu jedem Internationalen Historikerkongreß eine Sammelpublikation vor, die nicht nur dazu dienen soll, die internationale wissenschaftliche Öffentlichkeit über den gegenwärtigen Stand der Geschichtsforschung in Ungarn zu unterrichten, sondern die auch eigene Untersuchungen über diejenigen Fragen enthält, mit denen sich der einzelne Kongreß jeweils besonders eingehend zu beschäftigen hat.¹ Die hier anzuzeigende Veröffentlichung zum Historikerkongreß von San Francisco wird eingeleitet mit einem Überblick über die Entwicklung der Geschichtswissenschaft in Ungarn, vornehmlich im 19. und 20. Jh. (Zsigmond Pál Pach, Ervin Pamlényi: „Les sciences historiques en Hongrie“; Bd I, S. 17—36); für die nichtungarischen Kollegen wichtig sind vor allem die Hinweise auf die Themen, denen sich die ungarische Historiographie in diesem Zeitraum zugewendet hat, und auf die Institutionen und Organisationen, die in Ungarn zur Förderung historischer Arbeiten eingerichtet wurden.

Von den folgenden 37 Beiträgen dürften für die Leser der „Zeitschrift für Ostforschung“ diejenigen Studien von besonderem Interesse sein, die sich mit der Habsburgermonarchie und der Ersten Tschechoslowakischen Republik beschäftigen. Péter Hanák untersucht die ergebnislos gebliebenen Versuche der Wiener Regierung, im Jahre 1860, also nach dem Scheitern der zentralistischen Politik des Neoabsolutismus, zu einem „Ausgleich“ mit der ungarischen Reichshälfte zu kommen, deren Befriedung in dem Jahrzehnt seit der Niederschlagung der Märzrevolution mißlungen war („The First Attempt at the Austro-Hungarian Compromise, 1860“; Bd I, S. 567—599). H. macht darauf aufmerksam, daß das Resultat dieser Versuche, das Oktoberdiplom von 1860, von den ungarischen Führungsschichten — im Unterschied zur Reichsleitung in Wien — nicht als eine endgültige Regelung verstanden wurde, sondern nur als ein erster Schritt auf dem Weg zu einer solchen dauerhaften Vereinbarung. Diese unterschiedliche Auslegung war schuld daran, daß es nicht gelang, den Vorschriften dieses Diploms entsprechend den Gesamtstaat neu zu organisieren. Aber für die ungarische Geschichte ist nach H. nicht dieser Mißerfolg des Versuchs von 1860 entscheidend gewesen, sondern die Tatsache, daß hier zum ersten Male dualistische Vorstellungen bei der Formulierung eines habsburgischen Staatsgrundgesetzes berücksichtigt worden waren; dies hat es dann beiden Seiten erleichtert, im Jahre 1867 zu einem Kompromiß zu gelangen. — István Diószegi skizziert die Haltung der parlamentarischen Opposition in Budapest zur österreichisch-ungarischen Außenpolitik seit Beginn des 20. Jhs. („The Independence Opposition and the Monarchy's Foreign Policy, 1900—1914“; Bd II, S. 207—238). D. zeigt, daß die regierenden Liberalen wie die in der Opposition befindliche Unabhängigkeitspartei in der Beurteilung der außenpolitischen Möglichkeiten der Habsburgermonarchie weitgehend miteinander übereinstimmten; die Unabhängigkeitspartei lehnte allerdings — was nach den Erfahrungen von 1849 sogar verständlich ist — noch entschiedener als die Liberalen jeden Einfluß Rußlands auf die Entwicklung im Donauraum und auf dem Balkan ab. Im übrigen aber wurden in der parlamentarischen wie in der publizistischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition außenpolitische Themen vornehmlich in taktischer Absicht verwendet: die unter-

1) Vgl. die Besprechung der „Études historiques 1970“ in: ZfO 21 (1972), S. 581 f.

schiedliche Bewertung einzelner Züge in der Führung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik war nur eines von mehreren Mitteln, um den Gegensatz zwischen den beiden politischen Lagern wirkungsvoll zu demonstrieren. — Endre A r a t ó beschäftigt sich mit der madjarischen Minderheit in der ČSR („Political Differentiation in the Hungarian Population of Czechoslovakia in the Post-World War I Years“; Bd II, S. 383—410) und konzentriert sich dabei auf die Zeit zwischen der Ausrufung der tschechoslowakischen Unabhängigkeit und dem Inkrafttreten des Friedensvertrags von Trianon, in dem Ungarn auch auf die von Madjaren bewohnten Gebiete in der Slowakei verzichten mußte. Für eine vergleichende Erforschung nationaler Bewegungen ist der hier von A. geführte Nachweis wichtig, daß ebenso wie bei den Sudetendeutschen auch bei den Madjaren trotz der als bedrückend empfundenen Zugehörigkeit zum tschechoslowakischen Nationalstaat damals keine Einheitspartei entstand, sondern daß die vorhandene soziale Differenzierung auch hier zur Bildung von getrennt operierenden bürgerlichen und sozialistischen Gruppen geführt hat.

Hingewiesen werden sollte auch noch auf die beiden Beiträge, in denen Fragen der internationalen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit behandelt werden. Zsuzsa L. N a g y beschäftigt sich mit der Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Entwicklung im Donauraum zwischen den beiden Weltkriegen („The United States and the Danubian Basin, 1919—1939“; Bd II, S. 353—381). Auch wenn wir über die politischen und ökonomischen Auswirkungen des amerikanischen Isolationismus während dieser zwei Jahrzehnte bereits hinreichend unterrichtet sind, so ist es doch sehr nützlich, hier eingehend darüber informiert zu werden, wie groß damals das Desinteresse der USA an demjenigen Teil Europas wirklich gewesen war, dessen innere Organisierung für die Herstellung eines machtpolitischen Gleichgewichts auf dem Kontinent nach der Eliminierung Rußlands und nach der Auflösung der Habsburgermonarchie von besonders großer Bedeutung gewesen war. — Mária O r m o s untersucht die europäische Problematik des Anschlußgedankens („Le problème de la sécurité et l'Anschluß“; Bd II, S. 437—478). Unter Verwertung von französischem und ungarischem Archivmaterial gelingt es O., die im Grunde unlösbare Schwierigkeit einsichtig zu machen, in der sich zwischen den beiden Weltkriegen die von Frankreich dominierte europäische Ordnung dem österreichischen Problem gegenüber befunden hat. Um die Unabhängigkeit der österreichischen Republik zu festigen, wäre vor allem eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nachfolgestaaten untereinander nötig gewesen, also eine Art Wiederherstellung des Wirtschaftsgroßraums, wie er in Gestalt der österreichisch-ungarischen Monarchie vor 1918 bestanden hatte. Jeder Versuch, die Verwirklichung dieses Vorhabens in Angriff zu nehmen, scheiterte aber an der Befürchtung der nichtdeutschen Nachfolgestaaten, ihre bei der Auflösung des Habsburgerreiches gewonnene politische und ökonomische Unabhängigkeit wieder zu verlieren.

Wie bei den früheren ungarischen Veröffentlichungen zu den Internationalen Historikerkongressen ist auch diesmal für die außerungarische Forschung die Auswahlbibliographie von besonderer Bedeutung („Bibliographie d'œuvres choisies de la science historique hongroise, 1969—1973“; Bd II, S. 505—639). Die Titel — jeweils mit russischer und französischer Übersetzung — sind nach Sachgebieten geordnet, wichtigeren Publikationen ist eine knappe Inhaltsangabe in Französisch beigegeben.